

Für eine gute Zukunft in unserem Landkreis

Das Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2026

von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im

Landkreis Fürstenfeldbruck



Stell dir vor, die Zukunft wird gut!

Die Zukunft kommt nicht einfach über uns. Wir gestalten sie – oder wir lassen sie geschehen.

Stell dir vor, Politik macht wieder Mut. Nicht, weil alles plötzlich einfach geworden ist. Sondern weil wir anfangen, die Dinge gemeinsam in die Hand zu nehmen. Im Landratsamt, in Gemeinden und Städten, in unserem täglichen Miteinander.

Dieses Programm ist kein Versprechen, dass morgen alles perfekt ist. Aber es ist ein klares Versprechen, Verantwortung zu übernehmen: zuzuhören, anzupacken und Entscheidungen so zu treffen, dass sie den Menschen im Landkreis dienen.

Viele Menschen erleben ihren Alltag momentan als überfordernd. Sie warten auf Rückmeldungen, kämpfen sich durch Zuständigkeiten und Formulare, jonglieren Familie, Arbeit und Pflege – und haben das Gefühl, allein gelassen zu werden. Zu wenig Zeit, zu viele Hürden, zu viel Bürokratie, zu wenig Verlässlichkeit. Ich bin davon überzeugt: es kann besser werden.

Dieses Programm ist eine Einladung, sich genau das vorzustellen: einen Landkreis, der funktioniert. Eine Verwaltung, die verlässlich erreichbar ist. Gemeinden und Städte, die Spielraum haben, um sich vor Ort zu kümmern. Nachbarschaften, in denen Menschen sich kennen und unterstützen.



Gute Politik beginnt nicht mit großen Worten, sondern mit der Frage, was Menschen wirklich brauchen, um ihr Leben gut zu gestalten. Zeit für Familie. Sicherheit im Alltag. Verlässliche Strukturen. Und das Gefühl, dass jemand Verantwortung übernimmt.

Dieses Programm zeigt, wie wir unseren Landkreis gemeinsam zukunftsweisend machen können – konkret, machbar und menschlich. Nicht über die Menschen hinweg, sondern mit ihnen.

Stell dir vor, wir können auch in Zukunft noch hier leben, weil Wohnen bezahlbar ist.

Stell dir vor, Familien haben Zeit, weil Betreuung und Pflege funktionieren.

Stell dir vor, du erfährst, wo deine Steuern landen und kannst mitentscheiden, wofür sie verwendet werden.

Stell dir vor, Zusammenhalt ist keine Floskel, sondern gelebter Alltag im ganzen Landkreis. All das ist möglich, wenn wir den Mut haben, neue Ideen anzugehen – und den politischen Willen, sie auch umzusetzen.

Ich glaube an unseren Landkreis.

Ich glaube an die Menschen hier.

Und ich glaube daran, dass die Zukunft gut wird, wenn wir sie gemeinsam gestalten.

Ronja von Wurmb-Seibel

Landratskandidatin & Platz 1 der Kreistagsliste von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Kreis Fürstenfeldbruck

1. Für ein starkes Miteinander.

1.1 Für bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung

Demokratie lebt von aktiver Beteiligung. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen mitreden, mitentscheiden und mitmachen können. Dazu gehört für uns: frühzeitige Information über anstehende Projekte, echte Anhörungen bei wichtigen Planungen und transparente Vorberatungen in Ausschüssen, wo immer es möglich ist. Öffentliche Vorlagen und Protokolle sollen kreisweit online zugänglich sein – in verständlicher Sprache, übersichtlich und für alle einsehbar. Außerdem möchten wir uns dafür einsetzen, dass Aufzeichnungen der Ausschuss- und Kreistagssitzungen in einem Video-on-Demand-System den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

Auch die Verwaltung wollen wir bürgerfreundlicher und moderner gestalten: Digitale Formulare, unkomplizierte Online-Anmeldungen und kurze Wege statt langwieriger Bürokratie.

Bei Zukunftsfragen wie Klimaschutz, Energie oder Kreislaufwirtschaft wollen wir Bürgerinnen und Bürger aktiv einbeziehen. Dafür setzen wir uns für neue Beteiligungsformate auf Kreisebene ein – etwa einen **Bürgerrat Nachhaltigkeit, Themenforen** zu Abfallvermeidung und Ressourcenschutz oder **regionale Zukunftswerkstätten**, in denen Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Lösungen entwickeln. So fließt lokales Wissen direkt in politische Entscheidungen ein, und gute Ideen aus der Bevölkerung können schneller umgesetzt werden.



Besonders am Herzen liegt uns das ehrenamtliche Engagement. Ob in Sportvereinen, Umweltverbänden, bei Feuerwehr, THW, Rettungsdiensten, in Helferkreisen oder in unzähligen anderen Initiativen – dieses Engagement hält unsere Kommunen lebendig und stark. Gerade den Zivil- und Katastrophenschutz wollen wir stärken und bei der Mitgliedergewinnung unterstützen. Die Menschen dort sind es, die sich in Gefahr bringen oder uns aus Gefahrensituationen retten. Dafür verdienen sie Wertschätzung und eine moderne Einsatzinfrastruktur. In Zeiten sich häufender Naturkatastrophen müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir gemeinsam anpacken. Mit Ehrenamtsbeauftragten für alle Ebenen sorgen wir für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt. Gerade die Helferkreise, die seit Jahren unverzichtbare Integrationsarbeit leisten, brauchen unsere Unterstützung und verlässliche Strukturen.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Beteiligung junger Menschen. Ihre Stimmen müssen stärker gehört werden – nicht nur in Jugendparlamenten oder Beiräten, sondern auch in konkreten Projekten, bei Bau- und Verkehrsplanungen, in der Kultur- und Freizeitgestaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass der Landkreis moderne Beteiligungsformate nutzt – von Jugendforen über digitale Beteiligungsplattformen bis hin zu festen Mitspracherechten in Ausschüssen. Denn Demokratie lebt davon, dass auch die junge Generation Verantwortung übernehmen und ihre Zukunft mitgestalten kann.

Schließlich möchten wir dafür Sorge tragen, dass sich alle Menschen vorstellen können, ein kommunalpolitisches Ehrenamt anzustreben. Parlamente, auch auf kommunaler Ebene legen fest, wie wir zusammen leben möchten. Wir möchten ändern, dass Menschen, die Angehörige pflegen, auf Kinder aufpassen oder in jungen Jahren mit ungewisser Zukunft planen, systematisch benachteiligt sind. Mit digitalen Beteiligungsformaten, Vertretungsregelungen und einer soliden Kinderbetreuung möchten wir allen die Möglichkeit geben, sich kommunalpolitisch zu engagieren.

2. Für mehr Frauen in Verantwortung

Der 8. März ist Wahltag, und er ist Weltfrauentag. Nehmen wir die Kommunalwahl 2026 zum Anlass, ein deutliches Zeichen für mehr Frauen und mehr Vielfalt in der Kommunalpolitik zu setzen.

Gute Kommunalpolitik braucht mehr Frauen im Mandat. Denn Frauen haben einen anderen Blick auf Arbeitswege, Pflege, Kinderbetreuung, Architektur, Nahverkehr, Fuß- und Radwege, Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume, Freizeiteinrichtungen, Vereinsleben, Ehrenamt etc. Mehr Frauen im Mandat sind deshalb ein Gewinn für jeden Ort.

Wir GRÜNE fordern nicht nur die Hälfte der Macht für Frauen, wir leben das auch. Schon jetzt haben Frauen 50 % der grünen Mandate in den Gemeinderäten Bayerns. Bayernweit liegt der Frauenanteil in den Gemeinderäten dagegen bei nur 22 %. Bei der CSU sind es sogar mit 20 % noch weniger.

Wir GRÜNE treten für eine Gesellschaft ein, in der von der Quotenregelung nicht mehr die Rede sein muss, für eine Gesellschaft, in der die Verantwortung und soziale Zuständigkeit für alle Menschen zwischen Männern und Frauen gerecht verteilt ist, und in der Frauen und Männer gleichermaßen in wichtigen Entscheidungspositionen in Politik und Wirtschaft sitzen. Wir wollen die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie gleichermaßen für Frauen und Männer



erreichen und ein Rollenverständnis, in dem Männer genauso wie Frauen Pflege- und Betreuungsarbeit verantwortlich übernehmen.

Frauen, die sich politisch engagieren, werden immer häufiger Zielscheibe von Hass und Hetze im Netz - für viele ist das bereits ein Grund, sich nicht in die Kommunalpolitik zu wagen. Wir setzen uns für wirksame Schutz- und Unterstützungsangebote auf Kreisebene ein – etwa durch Kooperation mit Beratungsstellen, Schulungen zur digitalen Sicherheit und klare Haltung gegen Hass im Netz.

Moderne Gleichstellungspolitik sehen wir als selbstverständliche Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern. Die Stellen der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wollen wir gut ausstatten, um wirkungsvolle Arbeit leisten zu können. Global wird es laut Weltwirtschaftsforum noch ca. 5 Generationen brauchen, um sie herzustellen. Das können wir nicht akzeptieren. Deshalb arbeiten wir auf allen Ebenen daran, Ungleichbehandlung jeder Art abzubauen und zu bekämpfen.

Dazu gehört für uns die geschlechtergerechtere Gestaltung der Kreisverwaltung durch:

- Sichtbarmachung und Berücksichtigung unterschiedlicher Betroffenheiten, Bedarfe und Interessen von Frauen und Männern in Projekt- und Planungsverfahren
- Weiterentwicklung des Frauenförderplans in der Kreisverwaltung
- Maßnahmen, die eine gerechte Aufteilung der Pflege- und Betreuungsarbeit unterstützen, wie z. B. flexible Teil- und Gleitzeit-Modelle, Homeoffice, etc.
- Ausschreibung für Preise für vorbildliche Arbeitgebende
- Verbesserung von Aufstiegschancen von Frauen innerhalb der Behörden.

In den letzten 25 Jahren ist das Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder dank der Aufklärungsarbeit in Frauenhäusern, Notrufgruppen und anderen Beratungsstellen aus der Tabuzone in die Öffentlichkeit geholt worden. Frauenhäuser bieten einen gewaltfreien Schutzraum, in dem die Frauen Hilfe und Zeit bekommen, zur Ruhe zu finden, ihre erlittenen Gewalterfahrungen zu reflektieren und eine selbstbestimmte Lebensperspektive entwickeln zu können. Wir wollen, dass jede betroffene Frau im Landkreis Fürstenfeldbruck einen gewaltfreien Schutzraum angeboten bekommt.

Der Fördertopf des Bundes ist unterfinanziert und aktuell ausgeschöpft. Deutschland hat sich durch die Ratifizierung der "Istanbul-Konvention" verpflichtet, Gewalt gegen Frauen zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen.

Wir wollen Frauennotrufe und Beratungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen finanziell stärken und mehr Frauenhausplätze schaffen, damit nirgendwo betroffene Frauen und ihre Kinder abgewiesen werden müssen. Wir fordern die Kreisverwaltung auf, alle denkbaren Finanzierungsmöglichkeiten offensiv und mutig anzugehen. Darüber hinaus fordern wir eine Verbesserung des Gewaltschutzgesetzes auf Bundesebene, um den Schutz von Frauen vor Gewalt nachhaltig zu stärken. Wir stehen für eine Gesellschaft, in der Frauen in Sicherheit leben können und die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

Dass Einrichtungen und Angebote des Landkreises offen gegenüber der Vielfalt an sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität sind, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Jegliche Diskriminierung verurteilen wir und setzen uns für den Aufbau queerer Beratungsstrukturen



besonders im ländlichen Raum ein. Die auch durch das Bundesverfassungsgericht bestätigte Anerkennung nicht-binärer geschlechtlicher Identitäten muss beispielsweise durch entsprechende Optionen auf Formularen sichtbar werden; Hürden und Kategorisierungen sind beispielsweise durch die Ausweisung von Unisex-Toiletten abzubauen.

1.3 Für Vielfalt, Toleranz und Inklusion als Merkmal unserer Gesellschaft

Wir GRÜNE stehen für eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft und wir stehen an der Seite aller zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Gewalt, Rassismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir bekennen uns zu einem gleichberechtigten, respektvollen Miteinander. Die Sicherheit für jede Bürgerin und für jeden Bürger und ein Leben ohne Diskriminierung sind Grundpfeiler unseres Zusammenlebens. Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung, uns für Liberalität und Toleranz stark zu machen, damit die Ausgrenzung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihres Glaubens, ihrer Hautfarbe oder ihrer Nationalität keine Chance haben. Unser Ziel muss es sein, die Integrationsmaßnahmen weiter zu steigern und für Toleranz in der Gesellschaft zu werben. Wir setzen uns für einen Kreis ein, in dem soziale Gerechtigkeit, Vielfalt und Teilhabe für alle Menschen selbstverständlich sind.

Die Angebote des Landkreises müssen für alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Bildungsstand, Mobilität etc. zugänglich sein. Hürden beim Zugang zu Hilfe müssen abgebaut werden: Das betrifft beispielsweise Familien, Seniorinnen und Senioren, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, hilfesuchende Jugendliche oder Arbeitssuchende. Sie alle sind mit Respekt und Wertschätzung zu behandeln, sprachliche Hürden müssen überwunden und Stigmatisierungen vermieden werden. Es braucht leichten Zugang und bessere Informationen auch in einfacher Sprache. Dabei müssen sowohl analoge als auch digitale Zugänge berücksichtigt werden. Bei individuellen Hürden müssen individuelle Lösungen möglich sein. Die Kommunikation zwischen Behörden und Einrichtungen muss effizienter, die Weitergabe und Übernahme von Daten im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen erleichtert werden. Beispielsweise werden Grundsicherung, Wohngeld und andere Unterstützungsleistungen (wie z. B. im Bereich „Bildung und Teilhabe“ für junge Menschen) häufig nicht in Anspruch genommen – in der Personengruppe der alten Menschen werden sie nur von geschätzt 40 % der Anspruchsberechtigten beantragt.

Inklusion ist außerdem bei jeglichen Bauprojekten zu berücksichtigen: nicht nur im Hinblick auf Barrierefreiheit für Menschen im Rollstuhl oder mit Rollatoren, sondern auch Menschen mit Hör- oder Seh Einschränkungen, Neurodivergenz oder psychischen Beeinträchtigungen. In besonderem Maße gilt das für Schulen, um gemeinsames Lernen baulich zu ermöglichen und dann auch durch Schulbegleitende zu erleichtern.

Wir unterstützen die Aktiven in den Vereinen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Vielfalt einen festen Platz hat, jede und jeder vor Ort mitgestaltet, egal ob mit 16 oder 76 Jahren, ob bayerisches Urgestein oder erst seit kurzem im Land. Migration und Zuwanderung sind Teil unserer gesellschaftlichen Realität.

Gemeinsam mit allen Kommunen im Landkreis, denn Integration gelingt nur vor Ort.

2. Für bezahlbaren Wohnraum für alle.



2.1 Für bezahlbaren Wohnraum vor Ort

Wir GRÜNE kämpfen für mehr bezahlbaren Wohnraum, denn daran fehlt es in immer mehr Orten im Landkreis. Wir GRÜNE nehmen dabei die zentrale Rolle der Kommunen ernst und setzen uns vor Ort für die richtigen politischen Rahmenbedingungen ein. Dort, wo wir in der Kommune neues Baurecht ermöglichen, führen wir eine soziale Bodennutzung ein, d.h. wir schaffen Sozialwohnungen und Belegungsrechte oder setzen auf Konzeptausschreibungen wie Genossenschaftsmodelle. So können junge und alte Menschen auch in Wachstumsregionen am Ort bleiben. So entsteht Wohnraum, der so vielfältig ist, wie die Menschen, die darin wohnen.

Wir fördern zuerst die Entwicklung im Inneren der Ortskerne, indem wir Brachflächen erschließen und Leerstand beleben. Das macht unsere Orte attraktiver und reduziert den Flächenverbrauch. So behalten unsere Orte ihr Gesicht und die Menschen ein Stück Heimat. Maßvolle Nachverdichtung in Ballungsgebieten spart ebenfalls Flächen und erhält kühlendes Grün.

Wir unterstützen kostengünstige, nachhaltige, inklusive oder experimentelle Wohn- und Arbeitsformen in Städten ebenso wie in alten Ortskernen oder in alten Bauernhäusern auf dem Land. Wir brauchen mehr flexiblen Wohnraum, der sich an die unterschiedlichen Bedürfnisse unserer Lebensphasen anpasst – junge Familien haben andere Bedürfnisse als ältere Menschen. Viele Menschen sind erfinderisch, gemeinwohlorientiert und wollen ihr Lebens- und Wohnumfeld aktiv mitgestalten. Wir GRÜNE schaffen dafür die Möglichkeit, indem wir neue Wohnmodelle zulassen oder passende Grundstücke zur Verfügung stellen, kreative Modelle wie die von „Raum genug“ zur Schaffung neuer Wohneinheiten im bestehenden Bestand unterstützen.

Im Rahmen der begrenzten Zuständigkeit des Landkreises erwarten wir GRÜNE, dass der Landkreis in Zusammenarbeit mit den Kommunen alle Möglichkeiten zur Schaffung und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ausschöpft. Der Bedarf für Wohnbauförderung im Kreis Fürstenfeldbruck ist ein Vielfaches höher als die Mittel, die wir aktivieren können. Wir unterstützen deshalb Initiativen, die hier mehr möglich machen und rufen zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Kreis und Kommunen auf. Der Kreis Fürstenfeldbruck braucht ein „Bündnis für sozialen Wohnraum“.

2.2 Für die Schaffung von Wohnraum für besonders Betroffene

Auch viele junge Menschen sehen sich mit knappem Wohnraum und hohen Mieten konfrontiert, was den Schritt in die eigene Selbstständigkeit erschwert. Deswegen setzen wir uns für den Bau eines gemeinsamen Wohnheims für Auszubildende und Studierende im Landkreis Fürstenfeldbruck ein. Ein solches Wohnheim schafft dringend benötigte, bezahlbare Wohnungen und macht den Auszug aus dem Elternhaus unabhängig vom gewählten Bildungsweg möglich. Es schafft außerdem einen lebendigen Ort der Begegnung, der den Austausch zwischen akademischer und beruflicher Bildung fördert und so wertvolle Brücken zwischen verschiedenen Lebensrealitäten schlägt.

Für die Finanzierung bieten sich verschiedene Fördermöglichkeiten, wie zum Beispiel das Bundesländer-Programm "Junges Wohnen", das die Schaffung von sozialem Wohnraum für Studierende und Azubis finanziell unterstützt.

Unser Ziel ist es, zusammen mit Partnern wie den örtlichen Kammern und der Wirtschaft ein tragfähiges Konzept zu entwickeln und die bestmögliche Fördermittelkombination für ein zügig umzusetzendes Projekt zu sichern.



Wir stehen für einen Kreis ohne Obdachlosigkeit. Niemand soll ohne ein sicheres Dach über dem Kopf leben müssen. Unterstützungsangebote für obdachlose Menschen müssen ausgebaut werden, um ihre soziale Teilhabe zu gewährleisten, hier ist besonders die Situation der Frauen und Kinder zu berücksichtigen.

Niemand soll aus seinem gewohnten Umfeld gerissen werden, weil die Wohnung einige Quadratmeter oder Euro über der festgelegten Grenze liegt. Beispielsweise bei der Berechnung der Mietobergrenzen für Grundsicherungsbeziehende fordern wir größere Flexibilität und einen größeren Ermessensspielraum bei der Ermittlung der Kosten der Unterkunft.

Wir stehen für:

- die Unterstützung von Genossenschaften und alternative Wohnformen
- Konzeptaußschreibungen, die nicht ausschließlich auf den maximalen Verkaufserlös kommunaler Grundstücke fixiert sind
- Ausstattung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises mit Finanzmitteln und Grundstücken und schnelle Umsetzung eines ehrgeizigen Wohnungsbauprogramms
- eine langfristige Bodenbevorratungspolitik kommunaler Grundstücke
- die Unterstützung kreativer Lösungen zur Linderung der Wohnungsnot, wie die Grafrather Initiative „Raum genug“.

3. Für verlässliche Bildung über alle Generationen.

3.1 Für frühkindliche Bildung

Kinderbetreuung ist kein „Nice-to-have“, sondern die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit, gelungene Integration und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir GRÜNE im Landkreis Fürstenfeldbruck wollen, dass jedes Kind und jede Familie die besten Chancen erhalten – unabhängig von Herkunft, Sprache oder sozialem Hintergrund.

In einer Gesellschaft, die immer älter wird, werden Familien mit Kindern oft zu einer leisen Minderheit. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass ihre Bedürfnisse und Perspektiven wieder stärker in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen rücken.

Als pädagogische Fachkräfte, Eltern und Bürgerinnen wissen wir: Gute frühkindliche Bildung braucht verlässliche Strukturen, Zeit, Wertschätzung und echte Beteiligung. Kinder sollen nicht nur betreut, sondern gehört und ernst genommen werden. Denn echte Gerechtigkeit heißt: jedem Kind das zu geben, was es individuell braucht, um sich gesund entwickeln zu können.

Beteiligung ist zugleich gelebte Demokratiebildung. In der Kita lernen Kinder, dass ihre Meinung zählt, dass Mitbestimmung möglich ist und dass Gemeinschaft vom Zuhören, Teilen und Aushandeln lebt. Der Auftrag der Bildungspolitik reicht daher weit über reine Betreuung hinaus: Er bedeutet, Kinder in ihrer Selbstwirksamkeit zu stärken, sie zu neugierigen, empathischen und selbstbewussten Persönlichkeiten zu begleiten – und ihnen von Anfang an zu vermitteln, dass ihre Stimme zählt. Deshalb wollen wir gemeinsam mit dem Jugendamt und der Kitaaufsicht einen kreisweiten Leitfaden „Demokratiebildung von Anfang an“ entwickeln.

Wir setzen uns für regelmäßige Fachkräftefortbildungen und landkreisweite Fachtagungen ein, die Beteiligung, Kinderschutz, Inklusion und Integration verknüpfen. Mit einem Multiplikator-



Programm wollen wir Leitungskräfte und Teams stärken, damit Beteiligung und Demokratiepädagogik als lebendige pädagogische Haltung verstanden werden. Uns ist es wichtig, dass die Kitas im Landkreis Fürstenfeldbruck einen hohen und einheitlichen Qualitätsstandard halten und weiterentwickeln. Dabei können bestehende Programme und wissenschaftlich fundierte Konzepte – wie die Qualitätsinitiativen des Staatsinstituts für Frühpädagogik und Medienkompetenz (IFP) – als Orientierung und Zielrichtung dienen.

Ein besonderer Schwerpunkt soll auf dem Kinderschutz in den Kindertageseinrichtungen liegen. Dieser soll durch die Kitaaufsicht stärker in den Blick genommen werden – nicht als Kontrolle, sondern als begleitender und unterstützender Prozess. Ziel ist es, gemeinsam mit den pädagogischen Fachkräften und Trägern Strukturen zu schaffen, die Schutzkonzepte nachhaltig verankern und kontinuierlich weiterentwickeln. Die pädagogischen Fachkräfte leisten täglich Großartiges – sie verdienen Respekt, Unterstützung und faire Rahmenbedingungen.

Unsere Kitas leisten zudem einen zentralen Beitrag zur Integration – oft gemeinsam mit engagierten Helferkreisen und anderen Institutionen. Dieses Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamt möchten wir weiter fördern, indem der Kreis koordinierende Strukturen, Austauschformate und gezielte Unterstützung bereitstellt, wie z.B. die Kulturdolmetscher.

Zusätzliche Personalressourcen und Konzepte zur Kita-Sozialarbeit wollen wir auf Landkreisebene implementieren, um Familien entsprechend ihrem Lebensumfeld in ihren Erziehungskompetenzen zu stärken und somit eine Chancengerechtigkeit für die Kinder herbeiführen. Kita-Sozialarbeit entlastet mit ihrer unterstützenden Arbeit Leitung und Team der Kindertagesstätten.

Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die Kinder in den Mittelpunkt stellt, Familien stärkt und Fachkräfte wertschätzt. Gemeinsam gestalten wir frühkindliche Bildung im Landkreis Fürstenfeldbruck – engagiert, mutig und zukunftsorientiert.

3.2 Für zukunftsfähige Schulen

Gute Bildung ist wesentliche Grundlage für eine gerechte, nachhaltige und zukunftsorientierte Gesellschaft. Der Landkreis, Schulaufwandsträger für die weiterführenden Schulen, hat mit seinen 17 Schulen eine zentrale Bedeutung in der Bildungslandschaft. Diese wollen und werden wir GRÜNE auch weiterhin aktiv mitgestalten. Denn jede Schülerin und jeder Schüler im Landkreis soll in einer modernen, barrierefreien und ökologisch nachhaltigen Schule lernen können. Um das zu erreichen, setzen wir uns für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Schulstandorte ein. Die demographische Entwicklung erfordert es, bestehende Kapazitäten zu überprüfen, neue Schulstandorte zu planen und dabei insbesondere auch die Themen Inklusion, Digitalisierung und Klimaschutz zu berücksichtigen.

Aktuell besuchen etwa 16.000 Schülerinnen und Schüler die weiterführenden Schulen in unserem Landkreis, was bedeutet, dass der Landkreis vor großen Herausforderungen steht, trägt er doch besondere Verantwortung für die Qualität und Ausstattung der Schulen. Der Schulaufwand umfasst vor allem die Gebäude, die Einrichtung und Ausstattung der Schulen, deren Unterhalt und den Aufwand für das Hauspersonal. Sieben Gymnasien, vier Realschulen, zwei Fachoberschulen, eine Berufliche Oberschule und eine Berufsschule zeigen die Vielfalt der Bildungsmöglichkeiten.

Das breite Bildungsangebot macht aber auch deutlich, wie wichtig eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung ist, die auch auf die Entwicklung bei den Schüler- und Schülerinnenzahlen rechtzeitig reagiert. So gilt es, Schulgebäude zu sanieren und an die



Bedürfnisse eines modernen Unterrichts mit seinen neuen Beteiligungsformen anzupassen. Aber auch Schulneubauten und Erweiterungen sind geplant. Wir werden uns dafür einsetzen, dass gerade neue Schulen einem innovativen Ansatz gerecht werden. Die IT-Ausstattung ist dabei ebenso wichtig wie Räume für einen differenzierten Unterricht. So sollte die in Containern untergebrachte Fachoberschule in Germering endlich eine neue, großzügige Heimat bekommen, ohne dass den beiden weiteren Schulen am aktuellen Standort (Realschule Unterpfaffenhofen und Carl-Spitzweg-Gymnasium) eine mögliche Erweiterungsperspektive genommen wird. Aber auch die Ferdinand-von-Miller-Realschule in Fürstenfeldbruck ist laut Beschluss zu erweitern. Hinsichtlich der zukünftigen Schulentwicklungsplanung müssen die Kapazitäten der umliegenden Realschulen, wie z.B. die Realschule in Puchheim, und ein möglicher Neubau einer weiteren Realschule an einem strategisch geeignetem Standort überprüft werden. Die Generalsanierung des Gymnasiums Olching muss termingerecht vollendet werden, dasselbe gilt für die Erweiterung des Gymnasium Gröbenzell, wo auch die Außenanlagen eine deutliche Aufwertung erfahren werden.

Bei den Planungen wird sich unser Schulreferent, der dieses Amt seit zwölf Jahren innehat, dafür einsetzen, dass die Schulgebäude der Leitidee des Raums als dritten Erziehers folgen. Schulräume sollten so gestaltet werden, dass Wohlbefinden und Motivation gefördert werden und große Flexibilität in der Möblierung gegeben ist. Das Raumangebot soll bei den Heranwachsenden die Neugier wecken, die Selbstständigkeit fördern und vielfältige Lernerfahrungen ermöglichen, aber auch Rückzugsmöglichkeiten bieten. Ökologisches Bauen, das energetisch neuestem Standard entspricht, sollte dabei eine Selbstverständlichkeit sein. Ein besonderes Anliegen ist uns die künftige Erweiterung der Pestalozzi-Schule, gerade weil Sonderpädagogische Förderzentren nur eine kleine Lobby besitzen.

Wir GRÜNE stehen für eine Schulpolitik, die langfristig denkt: Schulen als Lebens- und Lernräume, in denen junge Menschen Demokratie, Verantwortung und Nachhaltigkeit erfahren und auf die Zukunft bestens vorbereitet werden. Dafür wollen wir auch künftig ausreichend finanzielle Mittel bereitstellen, ökologische Standards verbindlich machen und die Zusammenarbeit zwischen Landkreis, Schulen und Gemeinden stärken. Insbesondere auch vor dem Hintergrund klammer Kassen unseres Landkreises und unserer Landkreiskommunen ist es uns allerdings auch ein wichtiges Anliegen, dass die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht aus den Augen verloren werden. Versäumnisse und Fehler im Ausschreibungs- und Vergabegeschehen und auch in der Kontrolle von Bauvorhaben, wie sie in den vergangenen Jahren bei Neu- und Erweiterungsbauten von Landkreisschulen immer wieder zu bemängeln waren, müssen künftig abgestellt werden.

3.3 Für eine teilhabende Jugendhilfe

Jugendhilfe im Landkreis Fürstenfeldbruck hat viele Bereiche von Amtsvormundschaft, über Familienbildung, Spieleverleih, Unterhaltsvorschuss, über Kindertagesstätten-Aufsicht, aufsuchende Jugendarbeit und vieles mehr.

Im Bereich der Familienbildung steht neben den Familienstützpunkten die Internetplattform familienleben-ffb.de zur Verfügung. Hier gibt es – z.T. in vielen verschiedenen Sprachen – umfassende Informationen für Familien. Ebenso sind auf dieser Internetplattform Hilfen bei der Antragstellung für Sozialleistungen zu finden.

Eine erfreuliche und zukunftsweisende Einrichtung im Landkreis ist der Jugendkreistag. Hier halten Jugendkreisrätinnen und -kreisräte mehrmals im Jahr Sitzungen ab, bei denen die Teilnehmenden demokratische Spielregeln kennen lernen und praktizieren. Sie bestimmen über



ihr jährliches Budget, bringen verschiedenste Themen ein, haben einen Jugendkulturpreis ins Leben gerufen und einen Instagram Account um ihre Arbeit sichtbarer zu machen.

Die Jugendhilfe des Landkreises Fürstenfeldbruck setzt darauf, Kindern, Jugendlichen und Familien niederschwellige Zugänge zu Beratung, Familienbildung und Unterstützung anzubieten durch Familienstützpunkte, Sozialpädagoginnen und -pädagogen an fast allen Schulen im Landkreis und kurze Wege zum Jugendamt „Jugendhilfe vor Ort“. Seit der umfassenden Umstrukturierung des Jugendamtes besteht außerdem der Bereich „Beratung, Vermittlung, Intervention“ (BVI) mit erweiterter zeitlicher Erreichbarkeit, sowohl als Erstanlaufstelle aber auch bei Gefährdungsmeldungen. Im Jugendamt Fürstenfeldbruck wird großer Wert daraufgelegt, einen Beratungsprozess mit der Familie in Gang zu setzen, um die Eigenkräfte der Familien zu aktivieren. Falls ambulante oder stationäre Hilfen notwendig sind, werden diese in Abstimmung mit der Familie eingeleitet. Wir setzen uns dafür ein, die differenzierten Angebote des Jugendamtes auch in finanziell herausfordernden Zeiten aufrecht zu erhalten.

Darüber hinaus wirken viele engagierte Sozialarbeitende in den größeren Städten des Landkreises gerade mit Blick auf die Jugendlichen unterstützend, helfen mit aktiver Beziehungsarbeit bei familiären Problemen, der Job- und Ausbildungssuche und helfen Perspektiven für eine gute Zukunft aufzubauen. Wir setzen uns dafür ein, die kleinen Kommunen mit einem guten Angebot an aufsuchender und mobiler Jugendarbeit entsprechend zu unterstützen.

4. Für ein Wirtschaften mit Zukunft.

4.1 Für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes

Die Zukunft unserer Region hängt auch davon ab, wie wir mit unseren wertvollen Naturräumen umgehen. Wir GRÜNE befürworten Wirtschaftskreisläufe, die die ökologischen Ressourcen unserer Erde und die sozialen Möglichkeiten unserer Gesellschaft nutzen und die Nachhaltigkeit sicherstellt. Neben der klimaneutralen Energieerzeugung und der Frage, wie wir nachhaltig mit unseren Ressourcen haushalten, stehen gerade die regionalen Wertschöpfungsketten für starke Resilienz im Landkreis. Die Gewerbeeinnahmen sichern soziale Strukturen. Die Unternehmen vor Ort schaffen Arbeitsplätze und unterstützen die Integration.

Um den Landkreis Fürstenfeldbruck als Wirtschaftsstandort zu stärken, brauchen wir faire und attraktive Bedingungen für Unternehmen. Das wollen wir angehen:

- Wir fördern die Zusammenarbeit der kommunalen Wirtschaftsförderungen, um Synergien zu nutzen und den Kreis als Ganzes zu stärken.
- Wir setzen uns für den Ausbau der digitalen Infrastruktur ein, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu sichern.
- Wir setzen uns für eine durchgängige Digitalisierung der Verwaltungsprozesse im Kreis und den Städten ein. Behördengänge sollen einfach und nutzerfreundlich online erledigt werden können, ohne den analogen Zugang auszuschließen.
- Gleichzeitig benötigen moderne Betriebe digitale Verwaltungsprozesse und Anlaufstellen für die Förderberatung von Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Die bereits bestehende Stelle für Wirtschaftsförderung im Landratsamt soll zu einer zentralen Stelle der Förderberatung ausgebaut werden.



Der Kreistag hat nur mittelbaren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung im Kreis. Wir wollen die „weichen“ Standortfaktoren fördern: die Wohnungssituation verbessern, Kinderbetreuung und medizinische Versorgung sicherstellen sowie die ÖPNV-Anbindung weiter verbessern. Auch die Freizeitgestaltung und Kultur sehen wir als Standortfaktoren, die wir weiter fördern wollen.

Insbesondere die mittleren und kleinen Betriebe in unseren städtischen und ländlichen Kommunen sichern so Lebensqualität. Wir setzen uns im hochpreisigen Münchner Umland für bezahlbare und gut erschlossene Flächen und Gebäude ein. Dafür wollen wir Handwerkerhöfe und Gewerbe-Cluster im Bestand fördern, ein aktives Leerstandsmanagement betreiben und bei der Vermittlung leerstehender Gewerbeimmobilien unterstützen.

Diese aktive Unterstützung beugt einer Verödung der Innenstädte vor, stärkt den Einzelhandel in Zeiten der Online-Konkurrenz und hält so Wertschöpfung im Landkreis.

4.2 Für transparente Kreisfinanzen

Der Kreishaushalt 2025 hat ein Volumen von 330 Millionen Euro. Größte Ausgabe- bzw. Aufwandsposten sind sogenannte Transferaufwendungen, vor allem die Umlage an den Bezirk und Transfers im Feld der Jugendhilfe und des Sozialen (für Letztere erfolgt zum großen Teil Kostenerstattung durch den Staat). Nächster großer Posten sind die Personalaufwendungen, gefolgt von Aufwendungen für den Gebäudeunterhalt und den Busverkehr im Landkreis.

Die Personalkosten sind mit knapp 61 Mio. € der größte direkt beeinflussbare Einzelposten. Sie stiegen seit 2020 um fast 46 % – am stärksten unter allen Ausgabenposten. Durch harten Nachfragen haben wir GRÜNE die Transparenz auf Basis von Kennzahlen deutlich erhöht, die Streichung langjährig nicht besetzter Stellen sowie ein Verfahren für jährliche pauschale Abschläge in den Planansätzen erreicht.

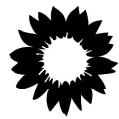
Der Landrat lässt den Kreistag systematisch im Unklaren über die aktuelle Finanzlage: die Haushaltsabschlüsse werden seit vierzehn Jahren mit einer Verzögerung von 2-3 Jahren vorgelegt. Beispielsweise musste der Haushalt 2025 im Herbst 2024 im Kreistag beraten werden, als lediglich der Abschluss des Jahres 2021 vorlag. Dies stellt einen ständigen Verstoß gegen die gesetzliche Frist von einem halben Jahr dar! Mit dieser Methode gelang es dem Landrat jahrelang, auf Basis von zu üppiger Planung Jahresüberschüsse in der Bilanz anzuhäufen, statt dieses Geld den Kommunen zu überlassen. Erst auf das wiederholte Drängen der GRÜNEN wurde seit 2022 eine Rückzahlung dieser Überschüsse in der Planung berücksichtigt.

4.3 Für eine möglichst geringe Kreisumlage

Die Kreisumlage ist seit 2020 von 128 Mio. € auf 180 Mio. € angestiegen, das heißt um über 40 %. Für viele Kommunen macht sie den größten Anteil ihrer Ausgaben aus. Hier gegenzusteuern, hilft unmittelbar den kreiseigenen Kommunen. Die folgenden Maßnahmen und Forderungen haben zum Ziel, die Kreisfinanzen zu konsolidieren und damit auch die Belastung der Kommunen durch die Kreisumlage einzudämmen.

Ein Hebel, den wir – gemeinsam mit der CSU-Fraktion – eingeführt haben, ist die Einsetzung baubegleitender Arbeitsgruppen für jedes der größeren Bauvorhaben. Auslöser waren drastische Kostenexplosionen bei fast allen größeren Bauvorhaben. Neben der Kosteneindämmung geht es uns um die laufende Abstimmung zu Umfang und Qualität.

Mitte 2024 hat die Kreisverwaltung ein 10-Jahres-Investitionsprogramm mit einem Kostenvolumen von 760 Mio. € vorgelegt. Dies bedeutet ohne Anpassung einen Anstieg der



Verschuldung des Landkreises auf ein Mehrfaches des derzeitigen Schuldenstands (aktuell knapp 160 Mio. €). Die daraus folgenden Zins- und Tilgungsleistungen sowie die fälligen Abschreibungen würden den Haushalt des Landkreises in den Folgejahren massiv belasten, und damit mittelbar auch die Kreisumlage der Kommunen entsprechend erhöhen. Nach intensiven Arbeits- und Diskussionsrunden wird aktuell noch von rund 590 Mio. € ausgegangen. Wir GRÜNE fordern, dass noch stärker priorisiert und hinterfragt wird.

Richtig ist gleichwohl, dass es einen Investitions- und Renovierungsstau gibt. Zu seiner Bewältigung muss zwingend aus dem Länderanteil des Bundes-Infrastrukturfonds der größte Teil an die Kommunen weitergegeben werden.

Es gilt zudem, sich stets um die Erweiterung von Einnahmespielräumen zu kümmern. So gelang es im letzten Jahr zum ersten Mal, eine Ergebnisabführung der Fürstenfeldbrucker Sparkasse an ihre Träger Landkreis und Kreisstadt zu erreichen, was bundesweit für Aufsehen sorgte.

Zudem fordern wir, dass die Finanzausstattung des Kreises wie auch der Kommunen seitens des Landes deutlich erhöht werden muss, weil diese staatliche Aufgaben übernehmen. Alleine bei den Personalkosten sind rund 12 Mio. € ausschließlich durch staatliche Aufgaben bedingt, also Aufgaben, die eigentlich vom Freistaat zu erfüllen und damit zu tragen wären.

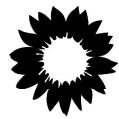
5. Für Energie vor Ort.

5.1 Für die konsequente Umsetzung der Energiewende im Landkreis

Seit dem Jahr 2000 steht fest: Unser Landkreis soll bis 2030 vollständig mit erneuerbaren Energien versorgt werden. Doch statt Fortschritt erleben wir Stillstand: Der Energieverbrauch steigt, der Verkehr produziert ungebremst CO₂, und viele gute Pläne bleiben Papier. Dabei haben wir alles, was wir brauchen: engagierte Bürgerinnen und Bürger, innovative Ideen und die Chance, Vorreiter für eine gerechte und lebenswerte Zukunft zu sein. Jetzt ist die Zeit zum Handeln – mit Mut, Tempo und klaren Zielen.

Unser Landkreis hat sich vor 25 Jahren ein ehrgeiziges Ziel gesetzt – doch die Realität hinkt hinterher. Während Photovoltaik und Biomasse zulegten, fristet Windkraft dank der Seehoferschen 10 H-Regelung noch immer ein Schattendasein – im Landkreis, aber auch bayernweit. Im Wärmesektor wurden bisher nur kleine Einsparungen etwa durch Dämmung erzielt. Und der Verkehr frisst – trotz vergleichsweise vorbildlich ausgebautem ÖPNV – alle Erfolge auf. Das muss sich ändern: Wir machen die Energiewende zur Chefinnensache.

Die Wärmeversorgung ist einer der größten Hebel für den Klimaschutz – und gleichzeitig eine der größten Baustellen. Im Landkreis Fürstenfeldbruck werden lediglich 14% der Wärme aus erneuerbaren Quellen gewonnen. Damit liegt unser Landkreis sowohl unter dem Bundesdurchschnitt als auch dem bayerischen Durchschnitt. Tiefengeothermie bietet die Chance erneuerbare Energie unabhängig von Importen direkt vor Ort zu gewinnen. Die Erschließung von Tiefengeothermie durch das Tochterunternehmen des Gemeinsamen Kommunalunternehmens für Abfallwirtschaft (GfA, Müllheizkraftwerk) ist ein wichtiger Schritt hin zur klimaneutralen Wärmeversorgung in unserer Region. Dies umso mehr, da im Umfeld des GfA bereits Fernwärmenetze betrieben und kontinuierlich ausgebaut werden. Die Wärmewende wird lokal entschieden – und sie muss jetzt kommen. Wir sehen weiterhin die Wärmepumpe als zentralen Baustein für die Energiewende. Der Landkreis hat zudem erkannt, dass Geothermie ein wichtiges Element für unsere Energieunabhängigkeit ist. Wir als GRÜNE werden darauf achten, dass das Projekt nicht nur schnell, sondern auch demokratisch und umweltverträglich



umgesetzt wird. Wichtig ist uns auch, dass die Spitzenabdeckung bei Grundversorgung durch die Geothermie möglichst CO2-neutral erfolgt. Denn nur so gewinnen wir die Akzeptanz, die wir für den Erfolg der Energiewende brauchen.

Wir fordern:

- Klimaneutraler Landkreis bis 2040: soweit es die Kreistags-Mitwirkungsmöglichkeiten zulassen, werden wir einen verbindlichen Maßnahmenplan, jährliches Monitoring und einen Transparencybericht einfordern.
- Kreiseigene Gebäude als Vorbild: Schulen, Verwaltungen und Betriebe des Landkreises werden bei Neubauten und anstehenden Sanierungen CO2-neutral. Durch Solarstromanlagen mit Speichern lassen sich Gebäudekosten senken. Grüne Dächer und Fassaden helfen bei der Klimatisierung.
- Wir unterstützen den Ausbau von neuen Windkraftanlagen und PV-Freilandanlagen, möglichst mit Bürgerbeteiligung und Beteiligung der Kommunen.
- Mit dem 2025 verabschiedeten digitalen Energienutzungsplan für den Landkreis haben die Städte und Gemeinden eine Grundlage an die Hand bekommen, auf der sie ihre Wärmeplanung aufsetzen können. Der Landkreis unterstützt alle Maßnahmen, die die Umstellung der Wärmeversorgung auf CO₂-neutrale Technologien voranbringen. Außerhalb der Verdichtungsräume liegt dabei der Schwerpunkt auf der Wärmepumpe.
- Der Landkreis unterstützt zudem den Aufbau von Nah- und Fernwärmennetzen in Zusammenarbeit mit Gemeinden und Stadtwerken, insbesondere dort, wo Fernwärmennetze bereits vorhanden sind, kann Tiefengeothermie einen Beitrag zur Wärmewende leisten.
- Die Klima- und Energieagentur Klima³ der Landkreise Starnberg, Fürstenfeldbruck und Landsberg am Lech, die Gemeinden und Unternehmen berät, Bürgerinnen und Bürgern Energieberatung vermittelt, muss gestärkt und weiterentwickelt werden. Im Landkreis Fürstenfeldbruck tätige Bürgerenergiegenossenschaften werden von uns GRÜNEN unterstützt.

Klimaschutz darf kein Luxus sein, sondern muss für alle bezahlbar werden. Die Technologien sind da, das Geld auch: Wir setzen die Mittel ein, wo sie wirken – und lassen keine Gemeinde zurück.

5.2 Für Klimaschutz von unten

Klimaschutz gelingt nur, wenn alle mitmachen. Doch viele wissen nicht, wie sie ihren Beitrag leisten können oder fühlen sich allein gelassen. Wir schaffen Wissen, Motivation und echte Mitspracherechte.

Wir fordern Klimabildung von der Kita bis zur Berufsschule: Jede und jeder Schulbesuchende soll verstehen, wie Energiewende funktioniert – und selbst Projekte umsetzen, von Schul-Solaranlagen bis zu „Energiedetektiv“-AGs. Außerdem sind eine Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger notwendig sowie Anreize zum Energiesparen zu setzen: Eine landkreisweite Kampagne „Energiesparen lohnt sich“, die zeigt: Jede Kilowattstunde zählt. Mit praktischen Tipps, Förderberatung und Belohnungssystemen für Haushalte, die ihren Verbrauch senken. Mehr Einfluss für Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeinden ist sicherzustellen. Sie sollen mitberaten und mitentscheiden – etwa bei der Planung und Durchführung von Aktionen



zum Energiesparen oder durch Unterstützung von Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligungen sowie Energiegenossenschaften zum Bau von Windkraft- und Solaranlagen. Klimaschutz ist Teamarbeit. Schließlich fordern wir die Unterstützung der im Landkreis ansässigen Unternehmen im Klima- und Umweltmanagementbereich, z.B. durch Projekte wie Öko Profit, wo Unternehmen in Workshops Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz erarbeiten.

Die nächsten Jahre entscheiden, ob wir die Klimakatastrophe bremsen oder sie eskalieren lassen. Mit uns GRÜNEN wird der Landkreis Fürstenfeldbruck zum Vorreiter für 100 % erneuerbare Energie. Unser Landkreis bleibt mit uns lebenswert – mit Platz für Menschen und Natur.

6. Für sichere und klimafreundliche Mobilität im Landkreis.

Mobilität ist Teil unserer Freiheit – aber sie darf nicht länger auf Kosten von Umwelt, Klima und Lebensqualität gehen. Der Landkreis Fürstenfeldbruck braucht eine echte Verkehrswende, die alle mitnimmt: sichere Wege, saubere Luft und verlässliche Alternativen zum Auto.

Unser Ziel: Ein klimaneutraler, vernetzter und barrierefreier Landkreis, in dem der Umweltverbund aus Bus, Bahn, Fahrrad und Fußverkehr Vorrang hat.

Wir stehen für eine Verkehrspolitik, die Menschen statt Autos in den Mittelpunkt stellt. Dazu wollen wir den Umweltverbund stärken – also Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr als Rückgrat einer klimafreundlichen Mobilität. Unser Ziel ist ein landkreisweiter ‚Mobilitätsplan 2035‘ als Leitlinie für ÖPNV, Radverkehr, Elektromobilität und Flächenverbrauch. Wir fordern eine Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit: Mobilität endet nicht an Gemeindegrenzen – sie braucht abgestimmte Konzepte und Liniennetze. Schließlich wünschen wir uns eine flächensparsame, emissionsarme Verkehrsplanung, keine neuen Umfahrungen durch Landschafts- und Naherholungsgebiete.

Wir GRÜNE wollen einen starken Nahverkehr, der bezahlbar, barrierefrei und klimaneutral ist. Darum fordern wir den Ausbau des ÖPNV-Angebots: dichtere Takte, neue Expressbuslinien und Rufbusse für den ländlichen Raum. Zudem die Elektrifizierung aller MVV-Regionalbuslinien bis 2030, verbunden mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur. Schon lange ist uns der viergleisige Ausbau der S4 zwischen Pasing und Fürstenfeldbruck ein Anliegen. Wir fordern mehr Regionalzug-Halte im Landkreis, z. B. in Eichenau und Olching sowie den Ausbau landkreiseigener Mobilitätsstationen: Kombi-Angebote von Bus, Bahn, Car- und Bikesharing.

Der Radverkehr ist das Rückgrat einer nachhaltigen Mobilität. Der Landkreis soll Fahrradlandkreis Nr. 1 in Oberbayern werden. Wir setzen uns für sichere und durchgängige Radverbindungen zwischen allen Kommunen ein – insbesondere entlang von Hauptachsen und zu Bahnhöfen. Wir fordern Radschnellwege: FFB - München und FFB - Starnberg als Teil des Bayernnetzes für Radelnde. Auch sichere Radverbindungen für Pendelnde bei Dunkelheit sind notwendig. Landkreiseigene Förderung für Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen, Schulen und Rathäusern möchten wir GRÜNE einführen. Die Etablierung als Fahrradlandkreis verlangt zudem die Integration des Radverkehrs in den ÖPNV: Mitnahme in Bus und Bahn, abgestimmte Anschlüsse. Konkret für unsere Kreisstadt gilt zudem, den Radelring Fürstenfeldbruck (ein kombinierter Freizeit- und Kulturweg rund um die Stadt) nach Beschluss von 2013 aufzubauen.

Wir lehnen neue großflächige Straßenprojekte ab, die Natur zerstören, ohne die Verkehrsprobleme zu lösen. Dazu gehört auch die konsequente Ablehnung von neuen Amperquerungen und von Umfahrungsstraßen durch wertvolle Landschaften.



Stattdessen fordern wir die Verlagerung des Durchgangsverkehrs auf bestehende überregionale Strecken (z. B. B2 auf die A8/A96), eine Priorität für Sanierung und Modernisierung bestehender Straßen, nicht für den Neubau, sowie die Förderung klimafreundlicher Logistik: kommunale E-Lieferzonen, Lastenradförderung und regionale Liefernetzwerke.

Wir wünschen uns einen Landkreis, in dem Mobilität sauber, sicher und gerecht ist:

- vernetzt durch Bus und Bahn
- attraktiv für Radfahrerinnen
- sicher für Fußgängerinnen

Weil Mobilität Zukunft ist – und Zukunft ohne Verkehrswende *keine* ist.

7. Für mehr Weitsicht in der Klimakrise.

7.1 Für die Rettung von Lebensräumen – für Artenvielfalt vor der Haustür

Schmetterlinge verschwinden, Vögel werden seltener, und selbst vertraute Säugetiere wie Igel oder Feldhase kämpfen ums Überleben. Doch dieser Verlust ist kein Schicksal – er ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Wir können die Artenvielfalt in unserem Landkreis retten – und zwar jetzt. Denn lokaler Artenschutz wirkt: Jeder Quadratmeter Blumenwiese, jede begrünte Fassade und jedes Pestizid-freie Feld ist ein Baustein für eine lebendige Zukunft.

Intensive Landwirtschaft, der Verlust von Lebensräumen und die zunehmende Versiegelung unserer Landschaft sind Ursachen für das massive Artensterben. Gerade deshalb war es so wichtig, dass durch den historischen Erfolg des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ ein Bündel von Maßnahmen für mehr Artenschutz in Bayern auf den Weg gebracht wurde. Diese Maßnahmen müssen konsequent fortgeführt und durch weitere ergänzt werden.

Intakte Ökosysteme brauchen Platz. Doch Straßen, Gewerbegebiete und monotone Agrarflächen zerschneiden die Landschaft. Die Folgen: Tiere finden keine Nahrung mehr, Pflanzen verlieren ihre Ausbreitungsmöglichkeiten. Wir GRÜNE wollen den sinnlosen Flächenverbrauch vermeiden, die Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten schützen und dazu Natur- und Landschaftsschutzgebiete weiterentwickeln und Biotope besser vernetzen.

- Schutzgebiete stärken, nicht aushöhlen, sondern erweitern wo nötig: Naturschutzgebiete müssen endlich wirklich geschützt werden – ohne Ausnahmen für Industrie oder Landwirtschaft.
- Keine Baumfällungen ohne Ersatzpflanzung. Beispiel: Die Kreisstraße FFB 117 zwischen Emmering und Eichenau wo nahezu alle Alleenbäume gefällt wurden – ohne Ersatzpflanzungen. Das darf sich nicht wiederholen! Wir setzen durch: Für jeden gefällten Baum kommen zwei neue.
Dringlichkeit: 59 % der Tagfalter in Bayern sind gefährdet – viele, weil sie in unseren Gärten keine Nahrung mehr finden. Jeder Quadratmeter zählt!
- Beratung für Privatgärten: Viele Bürgerinnen und Bürger wollen bienenfreundlich gärtnern, wissen aber nicht wie. Wir bieten kostenlose Workshops zu insektenfreundlichen Pflanzen, natürlicher Schädlingsbekämpfung und der Umwandlung von Schottergärten in blühende Oasen.



Die intensive Landwirtschaft ist einer der größten Treiber des Artensterbens. Doch die Lösung liegt nicht im Gegeneinander, sondern im gemeinsamen Umdenken.

- Regionale Vermarktung stärken: Durch kommunale „Bio-Regional-Märkte“ schaffen wir Absatzwege für ökologische Produkte – damit sich Naturschutz für die Bäuerinnen und Bauern auch rechnet.
- Die Ökomodellregion Landkreis Fürstenfeldbruck – München West fördert den Absatz regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel und versorgt Kitas, Schulen und öffentliche Kantinen (wie etwa im Krankenhaus) mit gesundem Essen
- Öko-Flächenprämien erhöhen: Wer Blühstreifen anlegt, Hecken pflanzt oder auf Pestizide verzichtet, soll mehr Förderung erhalten

Der Schutz von Bienen, Vögeln & Co. findet oft direkt in unseren Kommunen statt. Deshalb soll der Landkreis Städte und Gemeinden beraten: Wie schaffen wir blühende Wiesen statt Beton? Wie werden aus Brachflächen Lebensräume? Mit klaren Zielen und konkreten Maßnahmen.

Denn Artenschutz ist kein Luxus – er ist Überlebensfrage. Für uns alle. Doch wir brauchen sie: Ob als Gärtnerin oder Gärtner, Unternehmerin oder Unternehmer oder einfach als Bürgerin oder Bürger, die sagen: „Hier in unserem Landkreis soll es wieder summen!“

Jede und jeder soll mitmachen können – mit Beratung, Förderung und sichtbaren Erfolgen.

7.2 Für Sicherheit und Resilienz im Landkreis

Sicherheit bedeutet für uns GRÜNE mehr als nur Polizei und Ordnung – sie heißt auch, auf Krisen vorbereitet zu sein, solidarisch zu handeln und unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Der Landkreis trägt als Untere Katastrophenschutzbehörde eine besondere Verantwortung. Angesichts des Klimawandels, der immer häufiger zu Extremwetterereignissen wie Starkregen, Stürmen oder Hitzewellen führt, ist ein wirksamer Katastrophenschutz unverzichtbar.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf Landkreisebene die Koordination aller agierenden Organisationen im Katastrophenschutz gestärkt wird. Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, Rettungsdienste und das Rote Kreuz leisten unverzichtbare Arbeit für die Sicherheit unserer Bevölkerung. Sie verdienen unsere volle Unterstützung – durch moderne Ausstattung, ausreichende Ressourcen und eine verlässliche finanzielle Grundlage. Eine aktive Würdigung des ehrenamtlichen Engagements, etwa durch die Ehrenamtskarte, ist für uns selbstverständlich.

Darüber hinaus wollen wir Notfallvorsorge strategisch denken. Dazu gehören die Planung und Finanzierung von Schutzräumen, Notunterkünften und Versorgungsstrukturen, die im Ernstfall schnell aktiviert werden können. Ein resilenter Landkreis braucht klare Konzepte und gute Vorbereitung – nicht erst dann, wenn eine Krise bereits eingetreten ist.

Sicherheit ist Gemeinschaftsaufgabe. Wir GRÜNE stehen für vorausschauendes Handeln, starke Partnerschaften und ein solidarisches Miteinander, das den Schutz aller in den Mittelpunkt stellt.

7.3 Für flächensensible Landnutzung und eine verstärkte Kreislaufwirtschaft

Jede versiegelte Fläche ist ein verlorener Speicher für Regenwasser, ein verlorener Ort für Artenvielfalt – und oft ein unnötiger CO₂-Verursacher. Wir bremsen die Zersiedelung und setzen auf intelligente Nutzung.



Unsere Forderungen:

- Flächensparende Bauleitplanung in allen Gemeinden: Durch verdichtetes Bauen, maßvolle Nachverdichtung und die Wiederbelebung von Brachflächen. Neue Gewerbegebiete nur dann, wenn sie wirklich nötig sind – mit Solar-Pflicht, Dach- und Fassadenbegrünung
- Grüne Korridore zwischen den Orten: Wir schützen und vernetzen Freiflächen, um die Artenvielfalt zu retten und die Aufheizung im Sommer zu bremsen. Jeder neue Radweg soll auch ein Biotopverbund sein.
- Keine Ausgaben mehr für klimaschädliche Infrastruktur. Kein Geld für Straßenneubau und -ausbau. Jeder Euro für Verkehr muss die Wende voranbringen.

Jeden Tag produzieren wir Müll – oft unnötig. Doch Müll ist kein Schicksal, sondern eine Frage kluger Entscheidungen. Wir GRÜNE setzen auf Müllvermeidung statt Verbrennung, auf Reparatur statt Wegwerfen und auf Wertstoffe statt Abfall. Unser Landkreis kann Vorreiter werden: mit einer Abfallwirtschaft, die Ressourcen schont, das Klima schützt und soziale Projekte stärkt. Packen wir es an – für eine saubere, faire und lebenswerte Zukunft.

Die beste Mülltonne ist die leere. Doch noch immer landen funktionsfähige Geräte, reparierbare Möbel und kurzlebige Verpackungen im Abfall. Langlebige Produkte sind von Anfang an so gestaltet, dass sie halten, repariert werden können und nicht als Wegwerfprodukt im Müll landen.

Wir setzen uns ein für:

- Mehrweg statt Einweg: Wir unterstützen Initiativen für einen plastikfreien Landkreis und fördern Mehrweg- und Pfandsysteme – etwa für Coffee-to-go-Becher, Take-away-Behälter oder Einkaufsboxen.
- Reparieren statt wegwerfen: Repair-Cafés, Sozialkaufhäuser und Wertstoffbörsen retten Ressourcen und schaffen bezahlbare Angebote. Wir stärken diese – etwa durch Kooperationen mit Handwerksbetrieben und Schulen.
- Belohnung für Müllvermeidende: Haushalte, die nachweislich kaum Restmüll produzieren (z. B. durch Zero-Waste-Initiativen), sollen Gebührenermäßigungen erhalten – wer viel Restmüll produziert, soll mehr zahlen, wer vermeidet, wird belohnt. Das spart Kosten und motiviert zum Umdenken.

Unser Landkreis hat eine Erfolgsgeschichte der Wertstoffsammlung – doch wir können noch besser werden. Noch immer landen wertvolle Stoffe im Restmüll, statt wiederverwendet zu werden. Besonders bei Bioabfällen gibt es großes Potenzial. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft stärken, damit aus Abfall neue Produkte entstehen – und das klimafreundlich.

Wir fordern:

- Biotonne – mehr daraus machen! Unser Landkreis sammelt zu wenig Bioabfall im Vergleich zu Bayern und Deutschland. Mit der flächendeckenden Einführung der Biotonne im Jahr 2025 wird eine höhere Sammelmenge erwartet. Wir treiben den Bau einer Biomethan-Anlage voran, die aus Bioabfällen speicherbare Energie erzeugt und beispielsweise bei Dunkelflauten in Strom und Wärme umgewandelt werden kann.



- Innovation fördern: Pilotprojekte unterstützen wie „Cradle-to-Cradle“-Produkte (die vollständig recycelbar sind) oder digitale Leihplattformen für selten genutzte Geräte (z. B. Bohrmaschinen).
- Verpackungarme Verkaufsstellen fördern: Durch gezielte Förderung, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit sollen verpackungarme oder mehrwegorientierte Verkaufskonzepte (Einzelhandel, Supermarkt, Unverpackt-Laden) im Landkreis gestärkt werden.
- Phosphor zurückgewinnen: Klärschlamm enthält den wertvollen Rohstoff Phosphor, der für die Landwirtschaft unverzichtbar ist. Wir lehnen die Mitverbrennung im Müllofen ab und setzen auf Monoverbrennung oder Rückgewinnung direkt aus dem Klärschlamm, um den Kreislauf zu schließen.

Wir GRÜNE sagen klar: Ein zweiter Müllofen ist überflüssig. Mit besserer Biomüllsammlung und Müllvermeidung reicht ein Ofen für den Restmüll aus. Den zweiten wollen wir stilllegen – und keine Ausweitung des Einzugsgebiets.

7.4 Für eine Abfallwirtschaft als soziales und ökologisches Vorzeigeprojekt

Müll ist nicht nur ein Umwelt-, sondern auch ein soziales Thema. Wer wenig Geld hat, kann sich oft keine neuen Möbel oder Geräte leisten – während gleichzeitig funktionsfähige Dinge im Müll landen.

Unsere Ziele:

- Soziale Projekte stärken: Sozialkaufhäuser, Kleiderbörsen und Upcycling-Werkstätten schaffen bezahlbare Angebote und Arbeitsplätze. Digitale Leihplattformen für selten genutzte Geräte (z. B. Bohrmaschinen). Wertstoffbörsen an jedem großen Wertstoffhof im Landkreis.
- Bildung von Anfang an: In Schulen und Kitas wollen wir Projekte zu Müllvermeidung und Recycling fördern – etwa mit „Müll-Detektiv“-Aktionen oder Kooperationen mit Repair-Cafés. Denn wer früh lernt, wie man Ressourcen schont, handelt später verantwortungsbewusst.
- Transparenz und Mitwirkung: Die Abfallwirtschaft soll mit digitalen Services (z. B. Abfall-Apps) bürgerfreundlicher werden. Längere Öffnungszeiten der großen Wertstoffhöfe abends und samstags, damit Berufstätige und Familien sie besser nutzen können.

Müll ist kein Abfall, sondern eine verpasste Chance – für Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und regionale Wertschöpfung. Wir machen die Abfallwirtschaft zukunftssicher, klimafreundlich und sozial gerecht – damit unser Landkreis nicht nur sauberer, sondern auch lebenswerter wird.

8. Für beste Gesundheit und wohnortnahe Pflege.

8.1 Für das mutige Angehen demographischer Herausforderungen

Im Jahr 2035 werden 31,5% der Landkreisbevölkerung über 60 Jahre und älter sein; die Zahl der Kinder sinkt leicht (Daten aus der Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts SPGK von 2025). Das heißt, dass der Anteil der älteren und alten Menschen an der Landkreisbevölkerung weiter steigen wird. Gleichzeitig gibt es auch bei uns zu wenige



Arbeitnehmende in Pflegeberufen. Dies verschärft sich durch den Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge. 2029 ist der Kippunkt, ab dem mehr Menschen Pflege benötigen und weniger Menschen in Pflegeberufe einsteigen als in der Berufssparte in Rente gehen.

Der Druck auf Familien und junge Menschen steigt, weil zur Alltagsbewältigung mit Arbeit und Kinderversorgung die Pflege von alten Angehörigen noch häufiger benötigt wird als bisher. Durch Steuergelder, die für Pflegeleistungen notwendig sind, ist unter Umständen weniger Geld für die Bedarfe jüngerer Personengruppen vorhanden.

Die Konkurrenz zwischen Altersgruppen und deren Anliegen darf nicht übersehen werden. Daher kommt auch generationenverbindenden Angebote und Veranstaltungen eine große Bedeutung zu, besonders in niederschwelliger Form in konsumfreien Räumen. So können etwaige Vorurteile verschiedener Altersgruppen gegenüber anderen abgebaut werden. Darüber hinaus stehen wir zu den bereits eingerichteten Angeboten im Bereich der Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger, der Vernetzung und Unterstützung von Ehrenamtlichen. Zudem setzen wir uns, wo immer möglich, für den Aufbau von Wohnbezirkspflege und "Sorgenden Gemeinschaften" ein, um im direkten Lebensumfeld professionelle Pflege mit organisiertem bürgerschaftlichen Engagement aus der Nachbarschaft zu verbinden. Denn angesichts von Fachkräftemangel und Kostensteigerungen im Pflegesystem gewinnen Angebote, die bürgerschaftliches Engagement begleiten und fördern, an Bedeutung.

8.2 Für das Lernen an positiven Beispielen

Das Klinikum Fürstenfeldbruck hat sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt. Gerade durch die engagierte und fachlich versierte Arbeit des ärztlichen und pflegerischen Personals, der Verwaltung sowie aller weiteren Personalbereiche hat sich das Klinikum einen guten Ruf im Landkreis erarbeitet. Für erkrankte und verunfallte Bürgerinnen und Bürger ist das Klinikum ein verlässlicher Ort für eine gute Versorgung. Gerade bei Schlaganfällen - z.B. durch die Schaffung einer Stroke-Unit – oder bei Herzinfarkten konnte die Behandlung durch geschickte Erweiterungsinvestitionen deutlich verbessert werden.

Diesen Standard wollen wir erhalten und weiterhin punktuell für die Bürgerinnen und Bürger verbessern. Dabei gilt es, die Diskussion um die Zukunft der Krankenhäuser im Blick zu behalten. Bei der Fortentwicklung des Hauses soll eine gute Erstversorgung und eine qualifizierte Nachsorge in den Fokus rücken. Sanierungen des Gebäudes und der Technik müssen weiterhin rechtzeitig und zeitnah erfolgen. In Zukunft gilt es hierbei, die Klinik als green hospital für den Klimawandel zu rüsten. Dazu zählt auch, bei der zunehmenden Zahl von Hitzetagen die Klimatisierung der Patientenzimmer zu verbessern, damit kranke und alte Menschen, die darunter besonders leiden, ihren Aufenthalt im Klinikum gut überstehen können.

Durch geschicktes und umsichtiges Verwaltungshandeln konnte das Klinikum über viele Jahre deutlich schwarze Zahlen schreiben. Dies war in den letzten Jahren leider nicht mehr möglich. Wir GRÜNE fordern alle Hebel in Bewegung zu setzen, um auf Landes- und Bundesebene zusätzliche Belastungen für den Kreishaushalt zu verhindern.

Das dem Klinikum zugeordnete Kreisseniorenheim in Jesenwang ist ein echtes Erfolgsmodell. Gute Personalplanung und regelmäßige Sanierungsmaßnahmen führen zu einer hohen Auslastung und laut Umfragen zu zufriedenen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Angehörigen. Angesichts der demographischen Veränderungen sollte geprüft werden, ob mittel- bis langfristig ein weiteres Haus im Landkreis nötig sein könnte.



Neben Pflege und generationenübergreifender Verständigung möchten wir Angebote schaffen, die Vereinsamung vorbeugen und auch im Alter zu neuen Verbindungen und Bekanntschaften führen. Gemeinsame Aktivitäten, Einbindung in Gemeinschaften und Freude bis ins hohe Alter sind wichtig für die Gesundheit und das seelische Wohlbefinden.

9. Für gelingende Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten

Der Anteil unserer Mitbürgerinnen und -bürger mit Einwanderungsgeschichte im Landkreis steigt seit Jahren stetig an und liegt heute bei ca. 27% der Bevölkerung, das ist mehr als jeder Vierte. Bei Kindern und Jugendlichen ist der Anteil noch deutlich höher. Der Teil der Geflüchteten im Landkreis, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, beträgt 1,1% der Bevölkerung; ihre Unterbringung und Integration erfordern besondere Anstrengung.

Wir GRÜNE setzen uns umfassend für gelingende Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten ein, denn wir wissen: Der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte ist dringend notwendig, um angesichts der alternden Bevölkerung unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Und wir wissen auch: Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg und Unterdrückung zu uns fliehen, bedürfen unseres Schutzes, wie es das Grundgesetz und das europäische Flüchtlingsrecht vorsehen. Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremen ‚Remigrations‘-Fantasien treten wir entschlossen entgegen.

Dafür haben wir GRÜNE im Kreistag ein ‚Integrationskonzept für den Landkreis‘ erarbeitet und parteiübergreifend (ohne AfD) zur Verabschiedung gebracht (<https://www.lra-ffb.de/gesundheit-soziales-migration/integrationskonzept>).

Dort heißt es in der Präambel:

„Unser Landkreis steht für gegenseitige Akzeptanz, Solidarität und Vielfalt und fördert sie im Interesse einer tragfähigen Gemeinschaft. Die Basis ist das Grundgesetz und die deutsche Sprache. (...)“

„Alle Menschen, die im Landkreis Fürstenfeldbruck leben und für die der Landkreis Fürstenfeldbruck zum Lebensmittelpunkt geworden ist, sollen an der Gemeinschaft teilnehmen und diese nach ihren Möglichkeiten mitgestalten. (...)“

„Unterschiedliche Wertvorstellungen und Lebensentwürfe bereichern die Gemeinschaft. Jede Person, die in unserem Landkreis lebt – alteingesessen oder neu hinzugezogen – hat einen Platz und soll sich innerhalb unserer demokratischen Grundordnung willkommen fühlen.“

„Der Landkreis Fürstenfeldbruck stellt sich aktiv gegen Rassismus und Diskriminierung. Unser Landkreis soll ein Ort sein, in dem jede Person, egal welchen Geschlechts, welcher Religionszugehörigkeit, ob alt oder jung, arm oder reich, gesund oder krank die gleichen Chancen hat.“

Wir setzen uns nachdrücklich für die Umsetzung dieses Konzeptes im Kreis und in allen Kommunen des Landkreises ein. Dabei sehen wir konkret folgende Schwerpunkte:

- Unterstützung und Entlastung für die ungemein wichtige Arbeit der Asylhelferkreise im Landkreis. Die Asyl- und Sozialberatung, die im Landkreis von der Caritas durchgeführt wird, sollte verstetigt und soweit aufgestockt werden, dass wieder – wie in den Jahren 2015 bis 2018 – eine aufsuchende Sozialberatung in allen Kommunen des Landkreises möglich wird. Die Förderung der Ehrenamtskoordination im Kreishaushalt muss auf dem bestehenden Niveau erhalten bleiben.



- Faire Verteilung der Geflüchteten auf die Kommunen im Landkreis, analog dem sogenannten ‚Königsteiner Schlüssel‘. Überlastung einzelner Kommunen muss unbedingt vermieden werden. Dabei sollen Erfolge in Kommunen, Geflüchtete in reguläre Wohnungen zu bringen, positiv angerechnet werden.
- Mehrsprachige Unterstützung für Migrantinnen und Migranten in allen Behörden und Schulen des Landkreises; Ausbau des Projektes der ehrenamtlichen ‚Kulturdolmetscher‘ im Landkreis.
- Etablierung einer Willkommenskultur in Ämtern, Behörden und Vereinen durch mehrsprachige Informationsangebote und interkulturelle Fortbildungen der Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen.
- Unterstützung Geflüchteter bei der Wohnungsfindung; dafür gibt es in München, Landkreis Starnberg und Augsburg erprobte Konzepte, die für unseren Landkreis angepasst übernommen werden können.
- Unterstützung von KiTas und Grundschulen bei der Integration fremdsprachlich aufgewachsener Kinder, z.B. durch Organisation ehrenamtlicher Deutsch-Nachhilfe oder Einbeziehung der Eltern mit Hilfe ehrenamtlicher Dolmetscher bei Elternabenden.

Dabei gehen wir konsequent den eingeschlagenen Weg weiter: Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien, Vernetzung mit allen haupt- und ehrenamtlichen Akteuren im Landkreis, insbesondere der Caritas und den Asylhelferkreisen, engste Zusammenarbeit mit der im Landratsamt neu geschaffenen Fachstelle für Integration und Gleichstellung sowie Vernetzung.

10. Für kulturelle Teilhabe und Sport als wichtige Elemente unserer Gemeinschaft

10.1 Für den Zugang zu Kunst und Kultur für alle

In Zeiten von Social Media, Vereinzelung und wachsender Spaltung schafft sie Begegnung, Verständnis und Solidarität. Ob Theater, Musikverein, Club, Museum oder Jugendkultur – Kultur ist das, was uns verbindet. Sie lebt von Kreativität, Beteiligung, Vielfalt und gegenseitigem Austausch.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle Menschen Zugang zu Kunst und Kultur haben, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort. Kultur ist keine Kür, sondern Grundlage demokratischen Miteinanders. Deshalb fördern wir kulturelle Bildung und Teilhabe in Schulen, Vereinen, Initiativen und in der freien Szene.

Damit Kultur lebendig bleibt, braucht sie bezahlbare Räume: für Proben, Aufführungen, Ateliers und Begegnung. Wir wollen, dass Kommunen (Frei-)Räume für Kunst und Soziokultur bereitstellen und faire Honorare für Kulturschaffende zahlen.

Wir schaffen auch Räume für Nischen- und ein alternatives Kulturverständnis. Deutschrap, Streetart und unkonventionelle künstlerische Formate zeigen einen modernen Umgang mit gesellschaftskritischen Themen und Öffnen für Reflexion in der Gleichstellung, Empathie für andere Lebensentwürfe und erreichen oft andere Zielgruppen.

Darüber hinaus setzen wir uns für kulturübergreifende Plattformen ein, die Vernetzung, Austausch und Sichtbarkeit im Landkreis stärken. Ein Beispiel dafür sind die Kreiskulturtage, die unsere grüne Kreiskulturreferentin zu einem Markenzeichen lebendiger Kultur im Landkreis



gemacht hat. Dieses Format wollen wir weiterentwickeln und mit neuen Impulsen für Teilhabe, Nachhaltigkeit und Vielfalt fortführen.

Kultur heißt auch, Verantwortung zu übernehmen. Wir fördern Gedenkorte und Initiativen, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus und das Olympiaattentat erinnern, und stärken ihre Bildungsarbeit für Demokratie und Menschenrechte.

Wir setzen uns zudem für den Erhalt und die Erforschung von Bau-, Boden- und Kunstdenkmälern als Zeugnisse unserer Geschichte ein.

Vielfalt fördern

- interkulturelle Projekte und Feste, die Begegnung schaffen
- Musik- und Kunstschulen als Orte kultureller Bildung
- Kooperationen zwischen Schulen und Kunstbetreibenden (z. B. JEKI)
- Mundart- und Heimatprojekte, die regionale Identität bewahren
- Jugendkultur im ländlichen Raum – mit Konzerten, Slams, Ausstellungen und gutem ÖPNV für den Heimweg
- Szenenkultur unterstützen - für mehr Vielfalt im kulturellen Angebot

10.2 Für Sport in allen Leistungsbereichen

Breiten- und Leistungssport in seinen vielfältigen Ausprägungen stellt ein wichtiges Betätigungsfeld für große Teile unserer Gesellschaft dar. Neben dem Spaß an der Bewegung und der Wettkampftätigkeit hat die sportliche Betätigung auch weitere gesellschaftsrelevante Funktion zur Erhaltung der Gesundheit sowie der sozialen Integration und dem Erlernen sozialer Verhaltensweisen. Häufig leisten unsere Sportvereine im Landkreis klassische Jugendsozialarbeit.

Insbesondere im unteren und mittleren Leistungsbereich muss Sport Förderung erfahren, um Kinder und Jugendlichen adäquate Spiel- und Trainingsmöglichkeiten zu verschaffen. Punktuell ist selbstverständlich auch eine Förderung im oberen Leistungsbereich sinnvoll und wünschenswert. Hier sollte aber immer die Prämisse gelten, dass dafür keine Mittel für den unteren und mittleren Leistungsbereich wegfallen.

Unabhängig von der konkreten Nutzung ist der Landkreis als Sachaufwandsträger für die Instandhaltung diverser Infrastruktureinrichtungen im Sport verantwortlich. Die bestehenden Anlagen müssen so erhalten werden, dass sie den Ansprüchen der Sporttreibenden genügen, z.B. wenn diese bisher als Versammlungsstätte dienten. Sanierungen sind nach Möglichkeit zeitlich zu staffeln, um Ausweichoptionen während der Sanierung oder des Ersatzbaus zur Verfügung stellen zu können.

Grundsätzlich ist zu überprüfen, inwieweit sich die aktuellen Belegungen landkreiseigener Sportstätten optimieren und insbesondere erweitern lassen können. Bürokratische Hindernisse dürfen nicht zu Leerständen führen!

Darüber hinaus sollte der Landkreis in Kooperation mit den Kommunen vor Ort auch Betätigungsmöglichkeiten für Individualsporttreibende vorantreiben. Trimm-dich-Pfade, Wander- und Fahrradwege sind gemeindeübergreifend wichtig.



Stell dir vor, wir entscheiden uns dafür!

Die Zukunft unseres Landkreises ist offen. Sie ist kein Schicksal und kein Automatismus — sie entsteht aus Entscheidungen. Aus denen, die getroffen werden, und aus denen, die wir zu lange aufschieben.

Dieses Programm zeigt, wie wir Verantwortung neu denken können: verlässlich, transparent und nah an den Menschen. Es geht nicht um schnelle Schlagzeilen, sondern um Strukturen, die im Alltag tragen.

Veränderung beginnt dort, wo Menschen das Gefühl haben: Meine Stimme zählt. Meine Erfahrungen sind relevant. Ich kann mitentscheiden. Genau dieses Vertrauen möchte ich stärken – im Landratsamt, in den Gemeinden und im demokratischen Miteinander.

Stell dir vor, Politik fühlt sich wieder sinnvoll an, weil sie wirkt. Weil sie den Alltag der Menschen verbessert. Weil sie unseren Landkreis lebenswerter macht.

Das ist keine ferne Vision. Es ist eine Entscheidung.

Ich glaube an unseren Landkreis.

Ich glaube an die Menschen, die hier leben. Und ich bin überzeugt: Wenn wir Verantwortung teilen und mutig handeln, dann wird die Zukunft gut.

Ronja von Wurmb-Seibel

*Landratskandidatin & Platz 1 der Kreistagsliste von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Kreis
Fürstenfeldbruck*